

NACHRICHTEN

Papst wird
«Ehrenrömer»

ROM: Bischof von Rom ist er schon – jetzt soll Papst Johannes Paul II. auch Ehrenbürger der italienischen Hauptstadt werden. Bürgermeister Walter Veltroni, will dem Oberhaupt der katholischen Kirche am 31. Oktober die Ehrenbürgerschaft verleihen, wie die Zeitung «La Repubblica» berichtete. Wie und wo müsse noch vereinbart werden, erklärte der Vatikan am Sonntag. Seit seiner Übernahme des Amtes 1978 ist Johannes Paul regelmässiger Besucher der römischen Pfarreien. Als Papst hält er auch den Titel des Bischofs von Rom, die Amtsgeschäfte liegen aber in den Händen eines Kardinals.

Pavarotti wird
wieder Vater

ROM: Der 66-jährige Startenor Luciano Pavarotti wird wieder Vater. Seine Lebensgefährtin Nicoletta Mantovani bestätigte der Turiner Zeitung «La Stampa», dass sie Zwillinge erwartet. Die Zwillinge sollen im Februar zur Welt kommen, sagte die 33-Jährige. Gerüchte über die Schwangerschaft kursieren in Italien schon seit Monaten. Bisher hatte «Big Luciano» das stets bestritten. Erst kürzlich hatte eine Zeitung berichtet, dass das Paar heiraten wolle, wahrscheinlich bereits Ende des Jahres. Der «Tenerissimo» hat bereits mit seiner ersten Frau drei Töchter, im April ist er zudem zum ersten Mal Grossvater geworden.

Frau stach auf
Patienten ein

LACHEN: Eine nach Angaben der Polizei verwirrte Frau hat am Samstagabend im Spital Lachen einen Patienten mit einem Messer leicht verletzt. Die Frau, die sich zuvor ins Spital einliefern liess, wurde festgenommen und in eine psychiatrische Klinik eingewiesen.

Kuh verletzt
Bäuerin tödlich

SALZBURG: Bei einem Alpabzug in Österreich ist eine Bäuerin von einer wild gewordenen Kuh attackiert worden. Die 67-jährige Frau erlag ihren schweren Verletzungen noch an der Unfallstelle. Die Kuh hatte die Frau nach dem Alpabzug auf einer Wiese angegriffen und gegen einen Zaun gedrückt. Die anderen Landwirte konnten die Kuh zwar vertreiben, die Frau brach aber kurz danach mit schweren Halsverletzungen zusammen. Der Angriff der Kuh wurde auf den Stress des Alpabzuges zurückgeführt.

BERN: Keine Solidaritätsstiftung, keine «Vergoldung» der AHV, keine kontrollierte Öffnung des Strommarktes: Bei einer Beteiligung von rund 45 Prozent ist die Schweizer Volksabstimmung vom Wochenende mit einem dreifachen Nein ausgegangen.

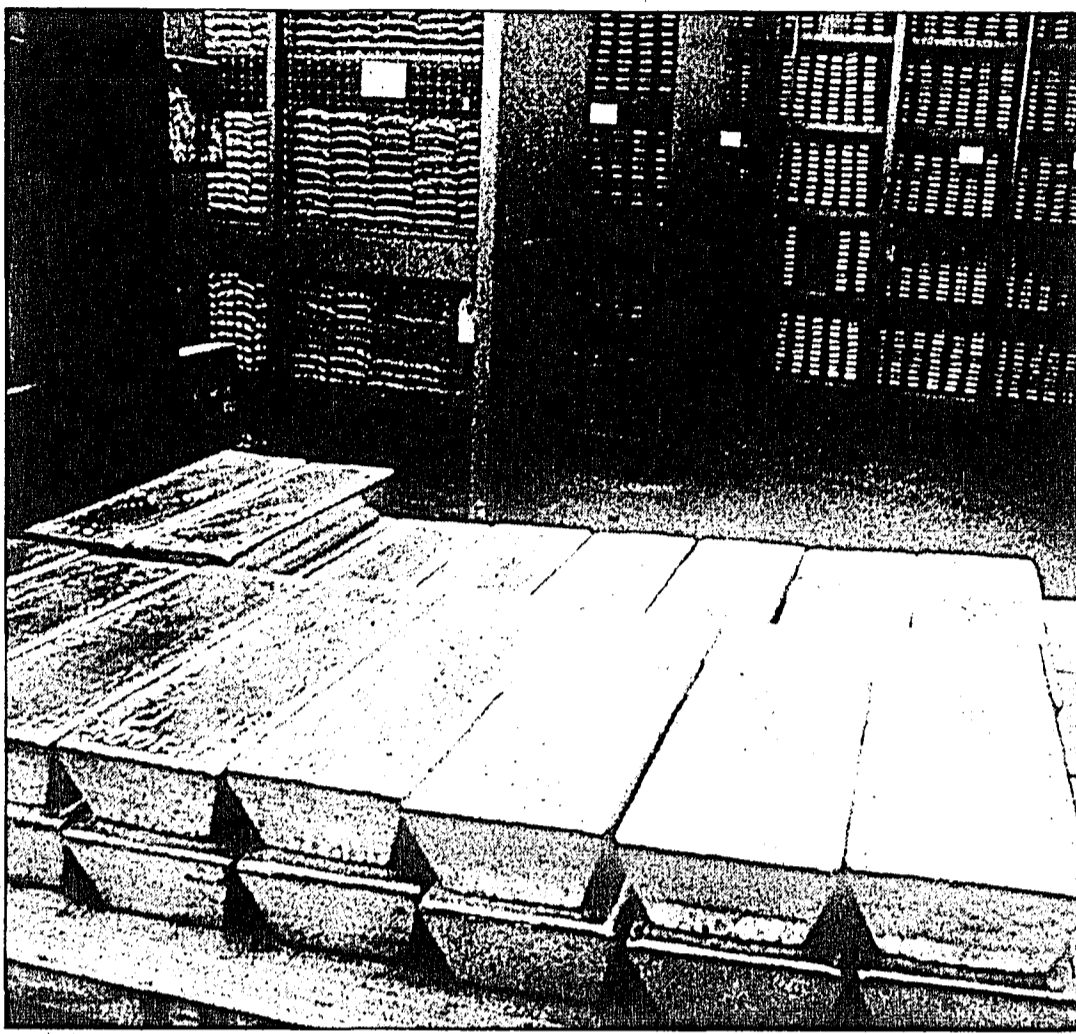
Bei sechs Urnengängen in Folge mit 20 Vorlagen war der Souverän zuvor der Parole von Bundesrat und Parlament gefolgt. Mit dem «Nein» zur Solidaritätsstiftung und zum Elektrizitätsmarktgesetz mussten die Behörden nun erstmals seit zwei Jahren wieder eine Niederlage einstecken.

Weder Stiftung
noch AHV

Offen bleibt, was mit dem Erlös des überschüssigen Nationalbankgoldes geschehen soll. Mit 52,4 Prozent Nein gegen 47,6 Prozent Ja und 14 6/2 gegen 6 Ständesstimmen verwarf der Souverän die SVP-Volksinitiative, welche die rund 20 Milliarden oder die Erträge daraus vollumfänglich in die AHV leiten wollte.

Mit 51,8 Prozent Nein gegen 48,2 Prozent Ja und 14 5/2 gegen 6 1/2 Ständesstimmen scheiterte aber auch der Gegenvorschlag des Parlaments. Er sah einen Fonds vor, dessen Zinsen zu gleichen Teilen der AHV, den Kantonen und der Stiftung «Solidarität Schweiz»

Keine Solidaritätsstiftung und keine Strommarkt-Leitplanken



Ein Blick auf die Goldbaren in der Schweizer Nationalbank. Offen bleibt, was mit dem Erlös des überschüssigen Nationalbankgoldes geschehen soll.

zugute gekommen wären. Nach dreissig Jahren hätte über die Verwendung des Vermögens neu entschieden werden sollen.

Sowohl bei der Goldinitiative

wie auch beim Gegenvorschlag war das Verdikt in den meisten Kantonen knapp. Für die Solidaritätsstiftung votierten drei der sechs Westschweizer Kantone, dazu einzig Basel-Stadt,

Zürich, Luzern und Bern. Am stärksten verwarf Appenzell-Innerrhoden. Zustimmung zur Initiative gab es nur in Deutschschweizer Kantonen.

Nach dem Scheitern der

Gold-Vorlagen geht das Ringen um die Verwendung der Währungsreserven los. FDP und Liberale wollen den heutigen Verteilschlüssel, die SVP verlangt 2/3 für die AHV, die SP einen Innovationsfonds, die CVP einen runden Tisch.

Im Zweifel gegen
die Liberalisierung

Mit 52,6 Prozent Nein gegen 47,4 Prozent Ja wurde das Elektrizitätsmarktgesetz (EMG) abgelehnt, mit dem Bundesrat und Parlament eine kontrollierte Öffnung des Strommarktes anstrebten. Das Referendum des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, der wegen der Liberalisierung einen Abbau des Service public befürchtete, war damit vom Erfolg gekrönt. Vinulent war der Widerstand gegen das EMG vor allem in der West- und Südschweiz. Im Kanton Waadt sagten fast 69 Prozent Nein, im Jura nahezu zwei Drittel, in Genf, Neuenburg und dem Tessin deutlich über 60 Prozent. Die höchste Zustimmung meldete demgegenüber Zug mit knapp 59 Prozent.

Die Ablehnung des Elektrizitätsmarktgesetzes ist für einen Teil der Links-Grünen eine Chance für eine ökologischere Stromversorgung. Auf Befürworterseite zeigte man sich enttäuscht. Die Strombranche sorgt sich um die Zukunft des Marktes.

Bis zu 100 Tote bei Lawinenkatastrophe?

Kaukasus: Wenig Hoffnung auf Überlebende

MOSKAU: Beim schwersten Lawinenunglück im Kaukasus seit Jahren sind in der russischen Teilrepublik Nord-Ossetien zahlreiche Menschen ums Leben gekommen. Die Suche nach Opfern wird laut den Behörden noch Tage und Wochen dauern.

«Aller Voraussicht nach kamen mehr als 100 Menschen ums Leben», sagte der Regierungschef der betroffenen russischen Teilrepublik Nord-Ossetien, Michail Schatalow, am Sonntag nach Angaben der Agentur Interfax.

Die Rettungskräfte zeigten wenig Hoffnung, mehr als die 26 Überlebenden aus dem Katastrophengebiet an der Grenze zu Georgien retten zu können.

Nach abweichenden Angaben wurden bis zum Sonntag zwischen 6 und 17 Leichen aus der bis zu 40 Meter dicken Schicht in dem verschütteten Kaukasustal geborgen. Die Zahl der Vermissten wurde am Sonntagnachmittag mit 94 angegeben. Die 150 Meter breite Lawine hatte sich in der Nacht zum Samstag nach starken Regenfällen von einem 2500 Meter über dem Meeresspiegel liegenden Maili-Gletscher gelöst. Sie erlangte eine Länge von



Ein Van wurde von der Geröll-Lawine völlig zerstört. Mehr als hundert Todesopfer werden nach dem verheerenden Lawinenunglück im Kaukasus vermutet.

acht Kilometern und führte Eis, Schlamm und entwurzelte Bäume mit. Vielerorts war die Masse hart wie Beton. «Solche Katastrophen lassen sich nicht vorhersagen. Der Gletscher ist praktisch unzugänglich», sagte der Chef der nord-ossetischen Bergwacht, Igor Waskow.

Bergdorf verschüttet

Das Bergdorf Nischni Karmadon mit Dutzenden Bewohnern wurde unter einer 40 Meter ho-

hen Schicht begraben. Auch Bergwanderer, Grenzsoldaten und Schäfer sollen unter den Opfern sein. Die Polizei riegelte das Tal ab, um das eigenmächtige Suchen verzweifelter Angehöriger nach Vermissten zu unterbinden.

Etwa 450 Rettungskräfte suchten in der Unglücksregion am Sonntag weiter nach Überlebenden, unter ihnen auch Teams aus zwei benachbarten russischen Republiken. Die Re-

gierung in Moskau schickte ebenfalls Einsatzkräfte und Lawenhunde.

Putin kündigt
Hilfsprogramm an

Auch der in Russland äusserst populäre Schauspieler und Regisseur Sergej Bodrow wurde mit einem Filmteam aus 22 Mitarbeitern weiterhin in den Bergen vermisst. Präsident Wladimir Putin kündigte ein umfangreiches Hilfsprogramm für das Nachbargebiet der umkämpften Region Tschetschenien an.

Wichtigstes Ziel sei nunmehr die Rettung der Verschütteten, zitierte die russische Nachrichtenagentur Ria Novosti Putin. Zudem müsse die Infrastruktur für die in der Region Lebenden wieder aufgebaut werden.

DEZA wartet ab

Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) hat bis am Sonntag keine Anfrage von Russland für Hilfeleistungen erhalten. Wie ein DEZA-Vertreter erklärte, halten sich DEZA-Mitarbeitende in der nord-ossetischen Hauptstadt Wladiwakas auf. Sie seien bereit, auch später bei Wiederaufbau und Prävention mitzuhelfen.

Sieger als
Verlierer

BRATISLAVA: Die Partei des früheren autoritären Ministerpräsidenten Vladimír Mečiar ist aus der Parlamentswahl in der Slowakei als stärkste Kraft hervorgegangen.

Nach vorläufigen Ergebnissen erzielte die Bewegung für eine Demokratische Slowakei (HZDS) 19,5 Prozent der Stimmen. Der amtierende Ministerpräsident Mikulas Dzurinda kam auf 15,09 Prozent und schnitt damit besser ab als erwartet. An die Macht wird Mečiar aber trotzdem nicht zurückkehren, da die anderen Parteien eine Koalition mit ihm abgelehnt haben. Die HZDS wurde zwar stärkste Kraft, fiel jedoch sieben Prozentpunkte hinter das Ergebnis der letzten Wahl 1998 zurück. Auf Platz drei lag die linksgerichtete Smer-Partei von Robert Fico mit 13,46 Prozent, gefolgt von drei Mitte-Rechts-Parteien. Die Kommunisten nahmen die Fünf-Prozent-Hürde für den Einzug ins Parlament und sind damit wahrscheinlich die einzige Partei im Abgeordnetenhaus, die sich gegen eine Aufnahme der Slowakei in die NATO ausspricht.

Die Mediensite Nummer 1 für Liechtenstein

www.volksblatt.li

Liechtensteiner
VOLKSBLATT

Liechtensteiner
VOLKSBLATT